

19. MRZ. 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/53

Bonn, den 18. März 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

"Wachsender Bildungsnotstand"

44

Zur Entschließung des Verbandes Deutscher Studentenschaften

2

Tiefe Kluft zwischen Bundeskanzleramt und AA ?

40

Erhard sollte schnell Klarheit schaffen

3 - 5

Wohnungsbau für alte Menschen

143

Eine Verpflichtung für uns alle

Von Hedwig Meermann, MdB

6

"No Sir!" ?

52

Was uns Deutsche Südvietnam angeht

***** Zur Beachtung *****

In der kommenden Woche wird der norwegische Ministerpräsident Gerhardsen die Bundesrepublik und Berlin besuchen. Aus diesem Anlaß veröffentlicht der SOZIALDEMOKRATISCHE PRESSEDIENST in seiner Ausgabe vom 19. März 1965 ein

Interview mit Ministerpräsident Gerhardsen.

"Wachsender Bildungsnotstand"

Zur Entschliessung des Verbandes Deutscher Studentenschaften

sp - Zum ersten Mal hat der Verband Deutscher Studentenschaften die Studenten der deutschen Hochschulen aufgefordert, öffentliche Protestaktionen gegen die Bildungspolitik der Bundesregierung durchzuführen. Am 1. Juli wollen die Studenten in öffentlichen Kundgebungen, Protestmärschen und Flugblattaktionen ihren Forderungen Nachdruck verleihen. So beschloss es einstimmig der Verband Deutscher Studentenschaften auf seiner 17. Mitgliederversammlung in Mainz. Es gab nur sieben Stimmenthaltungen.

Im Mittelpunkt der studentischen Forderungen steht das Wort vom "wachsenden Bildungsnotstand". Es ist dem in Mainz mit Engolzungen redenden Bundesinnenminister Höcherl also nicht gelungen, die Studenten davon zu überzeugen, dass wir keinen Bildungsnotstand in der Bundesrepublik haben.

Die deutschen Studenten, unabhängig von ihrer Sympathie für diese oder jene Partei, sind realistisch; sie lassen sich nicht mehr durch besänftigende Worte einiger alter Herren von jenen Sorgen ablenken, die sie täglich am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Das ist gut so, denn ein Schweigen der Studentenschaft gegenüber den Versäumnissen in der Bildungspolitik wäre gleichbedeutend mit der Duldung einer der negativsten Erscheinungen in der deutschen Innenpolitik.

Die Studenten haben auch erkannt, wie problematisch die Methoden der in der Bundesrepublik noch herrschenden politischen Kräfte sind, durch Töpfchenwirtschaft und Wahlgeschenke die Öffentlichkeit von der Verpflichtung der Lösung grosser nationaler Gemeinschaftsaufgaben ablenken zu wollen. Deshalb spricht der Beschluss des Verbandes Deutscher Studentenschaften in Mainz ausdrücklich davon, wie sinnlos es ist, das verfügbare Geld kurzfristig in Form von Wahlgeschenken zu verpulvern, anstatt langfristige, von Bund und Ländern gemeinsam geplante Investitions- und Finanzierungsmassnahmen für Wissenschaft und Bildung einzuleiten.

Im wesentlichen decken sich die Forderungen des Verbandes Deutscher Studentenschaften mit jenen Vorstellungen, die bereits seit Jahren von der Deutschen Sozialdemokratie entwickelt werden. Völlig unabhängig davon erscheint es uns aber wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Mainzer Entschliessung sehr konkret zu Problemen Stellung nimmt, die weit über das hinausgehen, was man gemeinhin als "Verbandspolitik" zu bezeichnen pflegt.

Der Verband Deutscher Studentenschaften hat erkannt, dass die Problematik des Bildungswesens ein Kernstück der deutschen Politik in Gegenwart und Zukunft ist. Hier zeichnet sich eine Entwicklung innerhalb der Studentenschaft ab, die durch starkes staatsbürgerliches Verantwortungsbewusstsein gekennzeichnet ist und die schon aus diesen Gründen der Förderung aller um das Schicksal des deutschen Volkes besorgten Kräfte würdig ist.

Tiefe Kluft zwischen Bundeskanzleramt und AA?

Erhard sollte schnell Klarheit schaffen

sp - Am Rande der aufsehenerregenden Meldungen über die Erstürmung deutscher Botschaftsgebäude in Bagdad und im Jemen erfährt die Öffentlichkeit - so ganz nebenbei -, dass Bundeskanzler Professor Erhard im Begriff zu sein scheint, sich eine Art von diplomatischer Feuerwehr aufzubauen, die in brenzligen Situationen unabhängig vom Auswärtigen Amt in Aktion zu treten hat.

Nun ist es gewiss für eine Regierung nicht unwichtig, gelegentlich auch einmal Sonderbotschafter einsetzen zu können. So darf man wohl die Aktionen der CDU-Abgeordneten Birrenbach und Blumenfeld durchaus begrüßen. Auch die Blitzreise des CDU-Abgeordneten Werner nach Kairo kann möglicherweise von Nutzen sein. Anders verhält es sich schon mit dem Einsatz des spanischen Vermittlers Perez, der vor kurzem in Kairo mit Wissen und im Auftrag der Bundesregierung Herrn Nasser spanische Beruhigungspillen verabreichen sollte, von denen man bis heute noch nicht genau weiss, ob sie nicht gar den Gang der Dinge in Ägypten beschleunigt haben ...

Merkwürdig erscheint jedoch, wenn man aus dem Bonner Auswärtigen Amt hört, dass die individuellen und im Auftrag des Bundeskanzlers erfolgten Interventionen von CDU-Abgeordneten ohne ausreichende Unterrichtung der ständig mit den gleichen Problemen befassten offiziellen deutschen Diplomatie erfolgt sein sollen.

Diese Art der Einschaltung von Sonderbeauftragten würde zu denken geben. Entweder traut der Bundeskanzler den mit der Materie bestens bewanderten Berufsdiplomaten nicht zu, dass sie wirkungsvoll die Interessen der Bundesrepublik vertreten können, oder zwischen Bundeskanzleramt und Auswärtigem Amt besteht eine so tiefe Kluft, dass der Punkt erreicht ist, an dem die linke Hand nicht weiss, was die rechte tut oder tun soll.

In beiden Fällen sollte möglichst bald Klarheit geschaffen werden. Trifft die erste Vermutung zu - der Bundeskanzler hat kein Vertrauen zum Auswärtigen Amt -, dann sollte er es offen sagen und entsprechend seinem verfassungsmässigen Auftrag (der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik) handeln. Im zweiten Fall - tiefe Kluft zwischen Bundeskanzleramt und AA - ist es ebenfalls die Aufgabe des Bundeskanzlers, entscheidende Massnahmen zu treffen.

Auf die Dauer kann die deutsche Aussenpolitik nicht vernünftig gestaltet werden, wenn zwischen Bundeskanzleramt und Auswärtigem Amt ein Zustand eingetreten ist, bei dem langfristig entwickelte Konzeptionen durch Sonderaktionen gegenstandslos werden.

Wohnungsbau für alte Menschen

Eine Verpflichtung für uns alle

Von Hedwig Meermann, MdB

Die Wohnungsversorgung unserer älteren Mitbürger ist wesentlich schlechter, als die der jüngeren. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen, von denen ich hier einige aufzählen möchte:

1. Alte Menschen sind bei einem unterversorgten Wohnungsmarkt immer im Nachteil, weil sie nicht mehr soviel Kraft und Energie für die Wohnungssuche aufwenden können wie jüngere. Sie resignieren leichter und fügen sich ins scheinbar Unabänderliche.
2. Nach Krieg und Währungsreform war es ihnen nur selten möglich, Baukostenzuschüsse und Mietvorauszahlungen für eine Mietwohnung oder genügend Eigenkapital für ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung aufzubringen.
3. Im Gegensatz zu anderen Bevölkerungsgruppen hat es für sie im sozialen Wohnungsbau nie ein Sonderprogramm gegeben. Werkwohnungen, die sie während ihrer Berufstätigkeit inne hatten, mußten sie bei Erreichung des Rentenalters meist aufgeben.
4. Schließlich hat sich seit Freigabe der Mieten und der Aufhebung des Mieterschutzes in den "Weißen Kreisen" ihre Lage weiter verschlechtert. Es hat sich gezeigt, daß neben den kinderreichen Familien auch Rentner und Pensionäre am häufigsten von Kündigungen betroffen sind. Ein Hauptgrund dafür dürfte sein, daß sie vielfach nicht in der Lage sind, höhere, geschweige denn überhöhte Mieten zu zahlen. Das vom Staat gewährte Wohngeld war bisher völlig unzureichend. Es ist zwar auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion mit Wirkung zum 1. April 1965 in einigen wesentlichen Punkten verbessert worden. Ich fürchte jedoch, daß bereits ausgesprochene Kündigungen im Hinblick auf die zu erwartende Anhebung des Wohngeldes kaum rückgängig gemacht werden. Alte Ehepaare, alte alleinstehende Frauen und Männer sind die ersten Opfer des "Lücke-Planes" geworden. Das hören die Abgeordneten in ihren Sprechstunden und das weiß jeder, der die in Mietprozessen ergangenen Urteile verfolgte. Aus ihnen geht hervor, daß unverhältnismäßig viele alte Menschen vor Gericht um ihre Wohnung kämpfen müssen.

* * *

Kürzlich teilte der Wohnungsdezernent der Stadt Duisburg mit, daß von den Kündigungen, die registriert wurden, seitdem Duisburg "weiße Stadt" ist, fast 70 % alte Menschen betreffen. Darunter befinden sich Ehepaare von 80 Jahren und darüber, die länger als 50 Jahre in ihrer Wohnung gelebt haben. Wenn aber unter den Mietern, die sich nach erhaltener Kündigung an ihre Stadtverwaltung wenden, so unverhältnismäßig viele alte Leute sind, so beweist das, daß diese kei-

ne Chancen sehen, auf dem freien Wohnungsmarkt eine geeignete Wohnung zu finden. Sie erwarten von der öffentlichen Hand Hilfe in einer Notlage, in die sie ohne eigenes Verschulden geraten sind.

An dieser Notlage trägt die Bundesregierung eine entscheidende Mitverantwortung; sie hat Mieterschutz und Mietpreisbindung aufgehoben, ohne daß ein ausreichendes Angebot an geeigneten Wohnungen zur Verfügung stand. Daß dadurch viele unserer alten Mitbürger in Schwierigkeiten geraten würden, war vorauszusehen.

* * *

Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb - nachdem sie sich in früheren Jahren für die Zuteilung von Bundesmitteln für Altenheime und Altenpflegeheime eingesetzt hatte - bei den Beratungen des Bundeshaushaltes 1963 den Einsatz von 20 Millionen DM für den Bau von Altenwohnungen gefordert. Darunter sind auf den besonderen Lebensstil alter Menschen zugeschnittene Wohnungen zu verstehen, die entweder innerhalb von normalen Wohnsiedlungen oder in Alterswohnheimen gebaut werden können. Sie müssen mit guten sanitären Einrichtungen und Zentralheizung versehen, so unfallsicher wie möglich und in der Regel nicht höher als in der ersten Etage gelegen sein. Solche Wohnungen sind im Verhältnis zu ihrer Größe nicht billig und können aus den Mitteln des allgemeinen sozialen Wohnungsbaues nur schwer finanziert werden. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, haben daher, wo bisher Altenwohnungen gebaut wurden, Länder und Gemeinden ganz beträchtliche eigene Mittel hineinstecken müssen. In den meisten Gemeinden, zumal in den finanzschwachen, aber gibt es überhaupt noch keine Altenwohnungen.

Der Bund hat erst nach langem Drängen - also viel zu spät - Ende 1964 und dazu noch in nicht ausreichendem Umfang die ersten Gelder für den Bau von Altenwohnungen zur Verfügung gestellt. Im Haushalts 1965 sind nun ca. 12 Millionen DM vorgesehen. Ein Antrag der SPD auf Erhöhung wurde **a b g e l e h n t**. Wenn man weiß, daß das Bundeswohnungsbauministerium für die Förderung von Altenwohnungen Darlehen bis zu 4.000,- DM vorgesehen hat, kann man unschwer ausrechnen, daß mit 12 Millionen DM ganze 3 000 Wohnungen gefördert werden können. (Für Wohnungen in Altenheimen und Alterswohnheimen sind Fördersätze von DM 2.500,- bis 3.000,- DM vorgesehen.)

- * Welches Mißverhältnis zum Bedarf, der mit etwa 300 000 Wohnungen
- * nicht zu hoch geschätzt sein dürfte, abgesehen von den noch zu
- * schaffenden Heimplätzen, deren Zahl bei etwa 120 000 liegen dürfte!

Es wird also noch einige Zeit Aufgabe der öffentlichen Hand bleiben, sich um den Wohnungsbau für unsere älteren Mitbürger zu kümmern. Daß das nicht nur eine Frage der Finanzierung ist, versteht sich von selbst.

* * *

So hat der Deutsche Bundestag im März 1964 auf Antrag der SPD-Fraktion die Bundesregierung aufgefordert, eine Untersuchung über die Lage der alten Menschen in der Bundesrepublik durchführen zu lassen; es ist zu erwarten, daß das Ergebnis auch wertvolle Anregungen für den Wohnungsbau geben wird. Jetzt schon befassen sich außer einem beim Bundeswohnungsbauministerium gebildeten Arbeitskreis auch andere, aus Fachleuten zusammengesetzte Gremien mit den Wohnungsorgen unserer älteren Mitbürger. Mir scheint, daß hier nicht nur Wohlfahrtsverbände, Architekten und Soziologen, sondern jeder, der die Lebensgewohnheiten seiner älteren Verwandten kennt, Beiträge zur besten Wohnform leisten könnte.

Wenn ältere Menschen in ein neues Heim übersiedeln, sollen sie es dort schöner und bequemer haben als bisher. Aber man sollte keine revolutionären Umstellungen von ihnen erwarten. Man sollte berücksichtigen, daß alte Leute sich nicht gerne von ihren gewohnten Möbeln trennen oder auch nicht trennen können, weil die Mittel für eine neue Einrichtung fehlen. Daher sollten Altenwohnungen nicht allzu klein sein. Sie sollten auch Übernachtungsmöglichkeiten für einen Gast oder eine Pflegeperson bieten. Und manche Wohnung, die ein junger Mensch als ideal ansieht, kann für einen älteren ganz ungeeignet sein. Junge Leute können meist gar nicht genug Licht und Sonne haben. Ein großes Fenster zur Gartenseite ist ihr Ideal. Aber fast jeder alte Mensch zieht einen geschützten Fensterplatz zur Straßenseite hin vor. Junge Menschen duschen gerne. Alte schätzen dagegen ihr warmes Bad. Nicht nur der Sauberkeit wegen, sondern weil es ihnen oft auch Erleichterung bei mancherlei Beschwerden bringt. Freilich muß es eine Stufe und gute Haltevorrichtungen haben.

Aber auch bei noch so sinnvoller Inneneinrichtung seiner Wohnung kann der alte Mensch sich sehr einsam und verlassen fühlen, wenn nicht die städtebauliche Planung darauf Rücksicht nimmt, daß auch er der Gesellschaft zugehört. In kleineren Städten sollten z.B. Marktplatz und Kino für ihn nicht unerreichbar sein.

* * *

Gar keine Rede kann davon sein, daß etwa der verstärkte Bau von Altenwohnungen zum Ziele haben soll, die älteren Menschen aus der Familiengemeinschaft zu lösen. Wenn sie im Zusammensein mit Kindern und Enkelkindern eine neue Bereicherung ihres Lebensinhaltes finden können, wird das immer eine Ideallösung sein. Aber das kann man nicht erzwingen. Nicht alle Kinder haben ihre Eltern gerne bei sich. Auch ist die Zahl der Wohnungen, die ausreichenden Platz für ein reibungsloses Nebeneinander- und Miteinanderleben mehrerer Generationen bieten, nicht eben groß. Vor allem aber gilt es, die Wünsche der alten Menschen selbst zu berücksichtigen. Nach neueren Untersuchungen ziehen die meisten von ihnen eine gewisse Selbständigkeit vor. Sie möchten zwar in der Nähe ihrer Kinder, aber doch für sich leben, wohl aus der Erkenntnis heraus, daß eine nicht zu große räumliche Distanz die Aufrechterhaltung guter Familienbeziehungen erleichtert. Wo aber der Wunsch zur Selbständigkeit vorhanden ist, muß er respektiert werden.

* * *

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt, sagte kürzlich:

- * "Zum Teufel mit der Politik, wenn sie nicht dazu da ist, den
- * Menschen das Leben leichter zu machen."

Auf unser Thema und ins Positive umgemünzt, möchte ich das so verstehen: Wenn irgendwo in der Politik Gelegenheit ist, das Leben einer großen Bevölkerungsgruppe leichter zu machen, dann ist es beim Wohnungsbau für alte Menschen. Der Wohnungsstandard unserer alten Mitbürger darf nicht länger unter dem der übrigen Bevölkerung bleiben. Ein ausreichendes Angebot an altersgerechten Wohnungen muß es ihnen ermöglichen, sich ihr Leben, solange sie gesundheitlich dazu in der Lage sind, nach ihren eigenen Wünschen einzurichten.

+ + +

Wenn ältere Menschen in ein neues Heim übersiedeln, sollen sie es dort schöner und bequemer haben als bisher. Aber man sollte keine revolutionären Umstellungen von ihnen erwarten. Man sollte berücksichtigen, daß alte Leute sich nicht gerne von ihren gewohnten Möbeln trennen oder auch nicht trennen können, weil die Mittel für eine neue Einrichtung fehlen. Daher sollten Altenwohnungen nicht allzu klein sein. Sie sollten auch Übernachtungsmöglichkeiten für einen Gast oder eine Pflegeperson bieten. Und manche Wohnung, die ein junger Mensch als ideal ansieht, kann für einen Älteren ganz ungeeignet sein. Junge Leute können meist gar nicht genug Licht und Sonne haben. Ein großes Fenster zur Gartenseite ist ihr Ideal. Aber fast jeder alte Mensch zieht einen geschützten Fensterplatz zur Straßenseite hin vor. Junge Menschen duschen gerne. Alte schätzen dagegen ihr warmes Bad. Nicht nur der Sauberkeit wegen, sondern weil es ihnen oft auch Erleichterung bei mancherlei Beschwerden bringt. Freilich muß es eine Stufe und gute Haltevorrichtungen haben.

Aber auch bei noch so sinnvoller Inneneinrichtung seiner Wohnung kann der alte Mensch sich sehr einsam und verlassen fühlen, wenn nicht die städtebauliche Planung darauf Rücksicht nimmt, daß auch er der Gesellschaft zugehört. In kleineren Städten sollten z.B. Marktplatz und Kino für ihn nicht unerreichbar sein.

* * *

Gar keine Rede kann davon sein, daß etwa der verstärkte Bau von Altenwohnungen zum Ziele haben soll, die älteren Menschen aus der Familiengemeinschaft zu lösen. Wenn sie im Zusammensein mit Kindern und Enkelkindern eine neue Bereicherung ihres Lebensinhaltes finden können, wird das immer eine Ideallösung sein. Aber das kann man nicht erzwingen. Nicht alle Kinder haben ihre Eltern gerne bei sich. Auch ist die Zahl der Wohnungen, die ausreichenden Platz für ein reibungsloses Nebeneinander- und Miteinanderleben mehrerer Generationen bieten, nicht eben groß. Vor allem aber gilt es, die Wünsche der alten Menschen selbst zu berücksichtigen. Nach neueren Untersuchungen ziehen die meisten von ihnen eine gewisse Selbständigkeit vor. Sie möchten zwar in der Nähe ihrer Kinder, aber doch für sich leben, wohl aus der Erkenntnis heraus, daß eine nicht zu große räumliche Distanz die Aufrechterhaltung guter Familienbeziehungen erleichtert. Wo aber der Wunsch zur Selbständigkeit vorhanden ist, muß er respektiert werden.

* * *

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,
Willy Brandt, sagte kürzlich:

- * "Zum Teufel mit der Politik, wenn sie nicht dazu da ist, den
- * Menschen das Leben leichter zu machen."

Auf unser Thema und ins Positive umgemünzt, möchte ich das so verstehen: Wenn irgendwo in der Politik Gelegenheit ist, das Leben einer großen Bevölkerungsgruppe leichter zu machen, dann ist es beim Wohnungsbau für alte Menschen. Der Wohnungsstandard unserer alten Mitbürger darf nicht länger unter dem der übrigen Bevölkerung bleiben. Ein ausreichendes Angebot an altersgerechten Wohnungen muß es ihnen ermöglichen, sich ihr Leben, solange sie gesundheitlich dazu in der Lage sind, nach ihren eigenen Wünschen einzurichten.

+ + +

"No Sir!" ?

Was uns Deutsche Südvietsnam angeht

D - Der Entschluss des amerikanischen Präsidenten Johnson, Einheiten des amerikanischen Marinekorps nach Südvietsnam zu entsenden, ist ihm sicherlich nicht leicht gefallen. Das gleiche gilt für den schon früher gefassten Beschluss, die Luftwaffe der USA zum Angriff auf Ziele jenseits der Grenzlinien zwischen Nord- und Südvietsnam einzusetzen. Beides zeigt, wie ernst die Lage in jenem Teile Südostasiens von den Amerikanern gesehen wird. Zugleich aber wird deutlich, dass an einer der wichtigsten Nahtstellen zwischen Ost und West die Vormacht der westlichen Allianz, die USA, willens ist, sich, wenn auch abgestuft, militärisch zu engagieren.

Für die Deutschen, die im freien Teile unseres geteilten Vaterlandes leben, ist diese Konsequenz amerikanischen militärischen und politischen Denkens und Handelns insofern von grosser Bedeutung, als sie praktisch zeigt, dass Amerika Abmachungen, die es zum Schutze befreundeter Staaten eingegangen ist, einhält.

Aber Südvietsnam und das übrige Südostasien sind nicht nur ein neuralgischer Punkt für die USA. Auch die Bundesrepublik, auch die übrigen Länder der westlichen Welt sind gleichsam einbezogen in die Auseinandersetzung zwischen dem chinesischen Imperialismus und dem Bemühen westlicher und neutraler Völker, politisch mögliche, der Sicherheit aller dienender und für die betroffenen Völker akzeptierbare Lösungen zu finden, die ein Nebeneinanderbestehen politisch verschiedener Systeme gewährleisten. Einem solchen Bemühen wird man aber nicht gerecht, wenn die Verteidigungsanstrengungen Amerikas in Südvietsnam in Zweifel gezogen oder von vornherein als unhaltbar abgelehnt werden. Ganz abgesehen von der taktischen und strategischen Unklugheit, dadurch mögliche Plattformen zu erwartender Konferenzen schon vor deren Beginn zu zerstören, steht es besonders uns Deutschen nicht gut an, in einem solchen Falle in einem verletzenden Tone "Zensuren" zu erteilen.

Waren wir nicht alle froh und glücklich, dass amerikanische Regierungen und auch amerikanische Truppen die Sicherheit der Bundesrepublik und damit unsere Freiheit durch ihre Anwesenheit und durch ihre Härte gegenüber sowjetischen Erpressungsmanövern und Aggressionsabsichten bewiesen? - Wer jetzt Amerika den Vorwurf macht, dass es - wie im Falle Vietnams - diese Härte auch militärisch dokumentiert, der raubt der amerikanischen Zusicherung, auch zum Schutze Berlins und des freien Teiles von Deutschland im Notfall Panzer und Flugzeuge einzusetzen, die politische und moralische Grundlage.

Berlin und Saigon sind für Washington lebenswichtig. Wer also bei uns für den Schutzmantel über Berlin eintritt, der sollte zumindest ein Verständnis dafür haben, wenn die Bundesrepublik Deutschland von ihrem Verbündeten Amerika gebeten wird, im Falle Südvietsnam Solidarität zu bezeugen. Wenn eine auflagenstarke deutsche Zeitung dieser Bitte der Amerikaner mit einem brutalen "No Sir!" begegnet, sollte sie sich nicht wundern, wenn einmal in einem ähnlichen Falle amerikanische Zeitungen einem deutschen Ersuchen nach Solidarität mit einem "Nein, mein Herr!" begegnen.

Washington hat keine Truppen von Bonn gefordert. Was Washington will, ist eine politische Solidarität mit den amerikanischen Anstrengungen, Südostasien vor dem Zugriff des chinesischen Imperialismus zu bewahren. Diese Solidarität zu bekunden, stände gerade uns Deutschen gut zu Gesicht.